

Gut abgesicherte Freundlichkeiten

Aktualisiert um 01:16 Uhr

Gut abgeschirmt von den Protesten gegen Chinas Tibet-Politik haben die Schweiz und China eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart. Beide Seiten sparten nicht mit Freundlichkeiten.

Die Erfahrungen mit hohem Besuch aus China sind in Bern durchaus zwiespältig: Vor zehn Jahren hatte der chinesische Präsident Jiang Zemin bei seinem Staatsbesuch für einen Eklat gesorgt, als er nach Protestaktionen von Exil-Tibetern auf dem Bundesplatz dem Bundesrat mangelnde Führungskapazität vorwarf. Der damaligen Bundespräsidentin Ruth Dreifuss beschied er gar: «Sie haben einen guten Freund verloren!»

«Gute Botschaften»

Ähnliches sollte diesmal nicht mehr passieren. Obwohl nur ein «Arbeitsbesuch» ohne öffentlichen Staatsakt wurde der Sicherheit wegen der hohen Gefährdung des Gastes grösste Beachtung geschenkt – mit Erfolg: Die Begegnung mit der von Wen Jiabao angeführten chinesischen Delegation sei in «ausserordentlich freundlicher Atmosphäre» verlaufen, konnte Bundespräsident Hans-Rudolf Merz nach dem Treffen vor den Medien verkünden. China habe eine ganze Anzahl guter Botschaften mitgebracht. Auch der chinesische Premier dankte für den herzlichen Empfang und würdigte die Schweiz als alten Freund und guten Partner, der die seit 59 Jahren bestehenden Beziehungen mit strategischer Weitsicht und Unternehmungsgeist vorangebracht habe.

Eine aus Schweizer Sicht gute Botschaft der chinesischen Gäste war laut Merz die Zusicherung, eine Machbarkeitsstudie für ein Freihandelsabkommen einzuleiten. Eine dafür eingesetzte Arbeitsgruppe soll ihre Abklärungen in der zweiten Jahreshälfte aufnehmen mit dem Ziel, möglichst bald über eine Verhandlungsaufnahme entscheiden zu können. Bereits realisiert wurde ein neues Investitionsschutzabkommen, das Wirtschaftsministerin Doris Leuthard und ihr chinesischer Amtskollege Chen Deming unterzeichnet haben. Dank dem neuen Abkommen, das eines von 1986 ersetzt, werden schweizerische Investoren auf dem chinesischen Markt als erste von einem höheren rechtlichen Schutz profitieren können. Derzeit belaufen sich die schweizerischen Direktinvestitionen in China auf annähernd fünf Milliarden Franken, womit die Schweiz auf dem 15. Platz der wichtigsten Investoren liegt. Umgekehrt sind die chinesischen Direktinvestitionen in der Schweiz laut der Bundeskanzlei bisher noch vergleichsweise bescheiden.

Tibet ausgeklammert

Laut Merz diskutierten beide Seiten zudem über die Finanzkrise. Man habe eine Zusammenarbeit

bei der Bekämpfung erörtert. Die Schweizer Seite betonte, dass in spezifischen Bereichen Bedarf nach einer besseren Regulierung bestehe. Der Finanzplatz Schweiz solle in die Diskussionen der G20 eingebunden werden.

Nur gestreift wurde vor den Medien der Menschenrechtsdialog. Die Menschenrechtslage in Tibet kam allerdings nicht zur Sprache. Weiter vertieft werden soll der Austausch mit China in den Bereichen Kultur, Umweltschutz, Wissenschaft und Technologie.

Die chinesische Delegation reist nach ihrem Besuch in Bern weiter ans Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos. (ap/sda/bin)

>

Erstellt: 28.01.2009, 01:16 Uhr